

NACHRICHTEN

IMMOBILIENKRISE

**Aktie von Evergrande stürzt an Börse ab**

Die Aktie des schwer verschuldeten chinesischen Immobilienentwicklers Evergrande ist am Montag an der Börse von Hongkong abgestürzt. Der Kurs fiel bis Handelsschluss um fast 80 Prozent. Der Handel mit Evergrande-Papieren war nach einer Pause von 17 Monaten am Montag erst wieder zugelassen worden, nachdem der Konzern Zahlen zu Umsatz und Gewinn veröffentlicht hatte. Gegen Mittag war Evergrande an der Börse noch rund 590 Millionen Dollar (545 Millionen Euro) wert – 2017 hatte der Börsenwert einen Höhepunkt von mehr als 50 Milliarden Dollar erreicht. (AFP)

KRAFTFAHRTBUNDESAMT

**Teilautonomes Fahren in Deutschland erlaubt**

Ford darf auch in Deutschland Autos mit einer Funktion zum teilautonomen Fahren verkaufen, bei der die Fahrer auf bestimmten Autobahn-Abschnitten die Hände vom Lenker nehmen dürfen. Das Kraftfahrt-Bundesamt habe die Freigabe für die Blue-Cruise-Technologie gegeben, teilte das Unternehmen mit. Bei Blue Cruise müssen Fahrer den Verkehr weiter im Blick haben: Schlafen sie ein oder surfen sie auf dem Smartphone, erkennt das eine Infrarotkamera. Es erklingt ein Warnton. Der wird lauter. Reagiert der Fahrer nicht, bremst das Auto ab. (dpa)

BRUTTOINLANDSPRODUKT

**Wirtschaftsleistung auf Niveau von 2019**

Hohe Zinsen, teure Energie und ein schwacher Export lähmen die Wirtschaft. Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet in diesem Jahr mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um bis zu 0,5 Prozent. Aufgrund ihres hohen Fokus auf die Weltmärkte und ihrer Exportquote leide die Wirtschaft überdurchschnittlich unter den geökonomischen Schocks wie dem Ukrainekrieg und den Spannungen im Verhältnis zu China. Die Wirtschaftsleistung werde deshalb zum Jahresende 2023 gerade einmal auf dem Niveau von Ende 2019 liegen, prognostizierten die Experten.

NATURKOSMETIK

**Tina Müller wird neue Chefin von Weleda**

Die frühere Douglas-Chefin Tina Müller wird zum 1. Oktober als Vorsitzende der Geschäftsführung des Naturkosmetik-Herstellers Weleda berufen, teilte das Unternehmen im schweizerischen Arlesheim bei Basel mit. Weleda hat eine Niederlassung in Schwäbisch Gmünd. (dpa)

# EU-Pläne lassen Unternehmen zittern

- Die PFAS-Chemikalien sollen verboten werden
- Verbände und Unternehmen warnen vor Folgen



VON ANDREAS KEMPF  
wirtschaft@suedkurier.de

**Emmendingen** – Bert Sutter ist kein Mensch, der dramatisiert, nur um sich Gehör zu verschaffen. Der Unternehmer aus Emmendingen wird für seine sachlich-ruhige Art geschätzt. Weltweit greifen Chirurgen auf die Instrumente seiner Sutter Medizintechnik zurück. Etwa, wenn sie bei Hirnoperationen mit feinst dosiertem Strom-einsatz präzise Gefäße trennen und Blutungen stillen müssen. „Wir tragen dazu bei, dass Leben gerettet werden“, erklärt der Firmenchef sichtlich stolz. Doch jetzt droht vielen seiner hochpräzisen Instrumente das Aus, weil sich in den Kunststoffgriffen Bestandteile einer Chemikalie befinden, die die EU verbieten will. Er sagt: „Das ist existenzbedrohend.“

Der Mittelständler gehört zu Tausenden Unternehmen, die derzeit vor den Plänen der EU-Kommission zittern. Sie will alle Chemikalien der sogenannten PFAS-Gruppe pauschal verbieten. Der Brüsseler Vorstoß hat allerdings weitreichende Folgen. Denn Produkte mit PFAS-Verbindungen bestimmen umfassen unseren Alltag. „Fast alle Maschinenbauunternehmen wären in unterschiedlichem Maß von diesem Verbot betroffen“, erklärt Sarah Brückner, Leiterin der Abteilung Umwelt und Nachhaltigkeit beim Verband des Deutschen Maschinen- und Anlagenbaus (VDMA). Die Folgen für die deutsche Wirtschaft sind unabsehbar. „In dieser Regulierung findet keine angemessene Differenzierung statt. Es ist ein Generalangriff“, klagt Matthias Peters, Manager Global Materials & Compliance des Dichtungsspezialisten Trelleborg Sealing Solutions in Stuttgart. Er sieht die Grundversorgung der Menschen gefährdet, weil industrielle Prozesse betroffen sind. „Geräte bei der Herstellung von Brennstoffzellen, Halbleitern oder Lithium-Ionen-Batterien sind wir auch in Zukunft auf PFAS angewiesen“, sagt Oliver Barta, Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbands Baden-Württemberg.

Die Spitzenverbände VDMA, VDA (Auto) und ZVEI (Elektro) verlangen deshalb, nur die Stoffe zu verbieten, die nachweislich schädlich sind. Tatsächlich ist bisher nicht einmal bei einem Dutzend der Chemikalien klar, dass sie gefährlich sind. „Welche Schäden die langlebigen PFAS in der Umwelt auf Dauer anrichten können, ist häufig noch unerforscht“, gibt Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes, zu. Doch die Behörde ist ganz auf Linie der EU-Kommission.

„Es gibt PFAS, die kein relevantes Risiko für Mensch und Umwelt darstellen, aber die Langlebigkeit und Sicherheit vieler industrieller Produkte und Produktionsprozesse garantieren“, sagt VDMA-Expertin Brückner. „Diese PFAS-Gruppen müssen vom Verbot ausgenommen werden.“ Einzelausnahmen für bestimmte Produkte wie Wärmepumpen führten in die Irre, weil es allein schon bei grünen Technologien



Für die Produkte aus dem Bereich Medizintechnik ist das Unternehmen von Bert Sutter auf den Einsatz von PFAS-Chemikalien angewiesen. BILD: ANDREAS KEMPF

## Wofür steht PFAS?

Die Abkürzung steht für Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (Per- and Polyfluoroalkyl Substances). Sie sind so stabil, dass sie – wenn sie in die Umwelt gelangen – dort sehr lange bleiben. Sie werden deshalb auch „Ewigkeitschemikalien“ genannt. In der Natur kommen sie nicht vor, sie müssen extra hergestellt werden. Einige der Substanzen gelten als giftig und als Krebsauslöser. Es gibt etwa 10 000 dieser Stoffe. Denn Produkte mit PFAS-

Verbindungen bestimmen umfassend unseren Alltag. Die Chemikalien stecken in Beschichtungen von Wetterjacken, Pfannen und Zahntechnik. Die Stoffe sind auch Bestandteil von Kettenfett, Skiwachs, Kontaktlinsen und Imprägnierspray. Sie finden sich auch in Kosmetika, Verpackungen für Fast Food und Feuerlöschmitteln. PFAS werden aber vor allem verwendet, um Dichtungen, Membranen und Zuleitungen herzustellen, also Grundlagen für fast alle Industrien. Auch Solarzellen oder Halbleiter können nur durch den Einsatz von PFAS entstehen. (auk)

Tausende solcher Ausnahmen geben müsste. Nach den Plänen hätten sonst die Unternehmen die Beweislast, dass die Stoffe unbedenklich sind. „Für Mittelständler wäre das eine unlösbare Aufgabe“, gibt Medizintechnik-Unternehmer Sutter zu bedenken.

„Ich hatte die Dimension dieses Verbots lange nicht im Blick“, sagt Matthias Derse. Doch inzwischen ist der Chef des Zulieferers Scherzinger in Furtwangen alarmiert. Dabei sind die Schwarzwälder mit 210 Mitarbeitern und einem Umsatz von 40 Millionen Euro gut im Geschäft. Sie produzieren Pumpen und Zuleitungen für Getränkeabfüller sowie Kühlung von Ladesäulen und E-Fahrzeugen. Sie stellen auch Dialysegärte und Kompressoren zur Wasserstoffherzeugung her. Das PFAS-Verbot betrafe mehr als 70 Prozent des Umsatzes. „In Deutschland könnten wir nur noch Produkte für sechs Millionen Euro fertigen. Das lohnt nicht“, beschreibt Derse die Lage. Falls das Verbot in vollem Umfang käme, wäre der Standort in Deutschland für das 1937 gegründete Unternehmen kaum noch zu halten.

Gibt es Stoffe, die PFAS ersetzen? „Wir würden mit den alternativ zur Verfügung stehenden Materialien zum Teil auf den Entwicklungsstand von 1950

zurückgeworfen“, warnt Brückner vom VDMA. In Emmendingen rechnet Sutter vor, was das Verbot für sein Unternehmen bedeuten würde. Von den 26 Millionen Umsatz, die für dieses Jahr erwartet werden, kommen zehn Prozent direkt und zwanzig indirekt von Produkten, die PFAS enthalten. „Diese Kunststoffe dürfen nicht leiten, müssen hitzebeständig sein und gleichzeitig intensive Reinigung vertragen“, erklärt Sutter. Eine Umstellung würde bis zu 15 Millionen Euro kosten. Zudem müssen verschiedene staatliche Behörden die Produkte zertifizieren. Das kann Jahre dauern. Alles in allem würde die Umstellung die Rendite des gut laufenden Unternehmens über ein halbes Jahrzehnt aufzehren.

## Entscheidung erst 2024

Noch bis zum 25. September läuft bei der EU-Chemikalienagentur ECHA ein Anhörungsverfahren. Dann will sie ein Verbot beurteilen. Die Kommission wird wahrscheinlich im Mai 2024 entscheiden. Dann geht es durch alle EU-Instanzen, worüber noch einmal ein Jahr vergehen kann. Allerdings befürchten viele betroffene Betriebe, dass einige Hersteller bereits vorher aufhören, PFAS herzustellen. „Es droht ein

## Wo PFAS drinstecken



Wasserabweisende Kleidung



Kosmetik



Pflanzenschutzmittel



Farben



Microwellen-Popcornbeutel



Fotografie



Fleckenabweisende Produkte



Schutzabweisende Produkte



Körperpflegeprodukte



Löschschaum



Pfannen mit Antihafbeschichtung



Fastfood Verpackungen

QUELLE: GRAPHIC&ILLUSTRATION - ADOBE STOCK /SK-GRAFIK

unvorstellbarer Dominoeffekt“, warnt Unternehmer Sutter. Der US-Riese 3M hat bereits angekündigt, dass die PFAS-Produktion bis 2025 eingestellt wird.

Inzwischen ist der Druck der Unternehmen auch bei Teilen der Politik angekommen. „Ein undifferenziertes Verbot ist nicht die Lösung, sondern schafft im Einzelfall neue und viel größere Probleme“, heißt es von Baden-Württemberg Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeier-Kraut (CDU). Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) scheint auch ins Grübeln gekommen zu sein. „Bessere Regulierung dort, wo es für den Verbraucherschutz notwendig ist, aber keine Überregulierung für die Wirtschaft, wo es Wachstum und Technologieentwicklung hemmt“, rät er.

Oft werden PFAS nur während der Herstellung verwendet. Sie stecken nicht im fertigen Produkt. Mit dem Verbot der Chemikalien könnte ein solches Produkt in Europa nicht mehr hergestellt werden.

## Das lesen Sie zusätzlich online



Chemikalien im Bodensee: Wie groß ist die Gefahr durch PFAS für die Region?  
[www.sk.de/11488335](http://www.sk.de/11488335)

# „Ein Lottogewinn für die Stadt Heilbronn“

Deutsches Start-up für Künstliche Intelligenz kooperiert mit dem geplanten KI-Zentrum in Heilbronn. Kretschmann lobt Vorhaben

VON DAVID NAU, DPA

**Heilbronn** – Das Heidelberger KI-Unternehmen Aleph Alpha wird neuer Partner des Innovationsparks Künstliche Intelligenz (Ipai) in Heilbronn. Mit dem Bündnis wolle man erreichen, „selbstbestimmt und souverän die Entwicklung von KI in Europa zu gestalten“, sagte Jonas Andrusis, Gründer und CEO von Aleph Alpha in Heilbronn. Es gehe darum, die Ressourcen wie Mitarbeiter und Rechenleistung zu bündeln. Details zur Zusammenarbeit wurden nicht genannt. Aleph Alpha

habe nicht vor, seinen Unternehmenssitz von Heidelberg nach Heilbronn zu verlagern, sagte Andrusis.

Durch die Partnerschaft werde Heilbronn zu einem wichtigen Standort der Zukunftstechnologie KI, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann. „Das ist ein Lottogewinn für eine Stadt.“ Die Partnerschaft werde „den Transfer von KI-Anwendungen in unseren Mittelstand hinein beschleunigen“. Das Zentrum werde milliardenschwere Privatinvestitionen anziehen. „Nur dann können wir auch mit den internationalen Playern konkurrieren.“

Mit Aleph Alpha habe man einen Partner, dessen Technologie für Transparenz und Erklärbarkeit stehe. Das sei wichtig. „Sonst besteht die Gefahr, dass Geräte zum Schluss eine Blackbox sind, deren Technologie wir dann nicht mehr



Jonas Andrusis, Chef von Aleph Alpha (li.), mit Bundesminister Volker Wissing vor dem KI-Modell in Heilbronn. Rechts Silke Lohmiller von der Dieter-Schwarz-Stiftung. BILD: DPA

verstehen“, sagte Kretschmann. Bei der Konkurrenz bekämen Nutzer auf ihre Fragen immer „eine sehr kalifornische Antwort“, sagte Aleph-Alpha-Chef Andrusis. „Das ist für mich inakzeptabel.“

Bundesverkehrs- und Digitalminister Volker Wissing (FDP) sprach von einem wichtigen Tag. „Wir zeigen, dass wir verstanden haben, was Souveränität bedeutet und dass wir dafür etwas tun müssen.“ Das gelte auch für die gesetzliche Regulierung von Künstlicher Intelligenz. „Die Regulierung muss für uns Europäerinnen und Europäer unsere Werte durchsetzen: Transparenz, Neutralität und natürlich Demokratie“, sagte Wissing. Es müsse sichergestellt werden, dass KI dem Menschen diene und ihn nicht manipulierte.

Aleph Alpha ist ein KI-Start-up und gilt als deutscher Hoffnungsträger in dem Bereich. Das Unternehmen hat ein eigenes Sprachmodell entwickelt, ähnlich wie ChatGPT des US-Unternehmens OpenAI. Dieses setzt auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit – nach

Angaben der Dieter-Schwarz-Stiftung, die ebenfalls am KI-Park beteiligt ist, als einziger Anbieter derzeit. Aleph Alpha bietet für sein Sprachmodell Luminous anders als die Konkurrenten keine eigene Plattform an, auf der das Produkt ausprobiert werden kann, sondern setzt auf Unternehmen oder die Verwaltung. Die Technik wird etwa von der Landesverwaltung genutzt.

Der Innovationspark Künstliche Intelligenz (Ipai) in Heilbronn wird vom Land mit 50 Millionen Euro gefördert. Die Stiftung des Lidl-Gründers Dieter Schwarz steuert zunächst 50 Millionen Euro bei. Auf 23 Hektar soll ein kreisrunder KI-Stadtteil für rund 5000 Beschäftigte entstehen. Insgesamt sind über 30 Gebäude geplant. Der Baustart ist für 2024 angepeilt, erste Gebäude sollen bis 2026 fertig sein.